

und innerparteiliche Demokratie

und zum kämpferischen Handeln zu mobilisieren. In der Entwicklung der Aktivität der Parteimitglieder, ihrer Erziehung zur disziplinierten Durchführung der Parteibeschlüsse beruht der demokratische Charakter des Zentralismus. Deshalb heißt es in Abschnitt 25 des Entwurfs des Statuts:

„Der Organisationsaufbau der Partei beruht auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus“

Was besagt der Grundsatz im einzelnen?

Er umfaßt Prinzipien, die bei der Neuwahl aller Parteileitungen in der Vorbereitung des IV. Parteitages bereits angewandt wurden, die sich wiederum bewährt haben und von denen die Partei gerade heute nicht abgehen kann, weil die aktive Mitarbeit aller Parteimitglieder Voraussetzung für die Beteiligung der Volksmassen zur Lösung aller gesellschaftlichen Aufgaben ist. Das erste Prinzip bedeutet, daß alle Parteiorgane von unten bis oben demokratisch gewählt werden; an der geheimen Wahl von etwa 215 000 Leitungsmitgliedern der Partei waren alle Mitglieder aktiv beteiligt, überlegten ernsthaft und kritisch, wen sie als den Besten und Befähigsten als Kandidaten Vorschlägen, wer klassenbewußt und parteiverbunden im jeweiligen Arbeitsbereich an der Spitze stehen soll. Der Demokratismus dieser Wahlen war absolut gesichert und Verstöße gegen das demokratische Prinzip wurden von der Partei nicht geduldet; sie kamen im übrigen nur vereinzelt vor. In solchen Fällen wurden die Berichtswahlversammlungen wiederholt.

Das zweite Prinzip besteht darin, daß die gewählten Parteiorgane verpflichtet sind, vor der Parteiorganisation, durch die sie gewählt wurden, regelmäßig über ihre Tätigkeit zu berichten. Auch dieses Prinzip wurde bereits in der Vorbereitung des Parteitages eingehalten. Mit der Festlegung im Statut wird die Einhaltung dieses Prinzips zur Pflicht jeder Leitung, wobei darauf geachtet werden muß, daß keine Vollversammlung durchgeführt werden darf, ohne daß von der Leitung Rechenschaft über ihre Arbeit gegeben wird; die Partei wird streng darauf achten, daß die Regelmäßigkeit gesichert ist. Wir erreichen damit, daß jeder Versuch, die leitenden Parteiorgane zu einer nur repräsentativen Rolle zu erniedrigen, vereitelt wird. Das leitende Parteiorgan muß in der Tat ein Führungsorgan sein, muß genau die Lage im Wirkungsbereich der Parteiorganisationen kennen, muß die richtigen Maßnahmen beschließen und die Kader bestimmen und befähigen, die zur Durchführung der Beschlüsse die besten Fähigkeiten haben; es muß Kühnheit und kämpferischen Elan entwickeln und voraussehen können, in welcher Richtung sich die Dinge entwickeln, muß das Neue erfühlen und verstehen, es zu verbreiten.

Das dritte Prinzip besteht darin, daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation verbindlich sind, daß straffe Parteidisziplin zu üben ist und sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet. In einigen wenigen Fällen versuchten Parteifeinde nach dem

faschistischen Putsch, dieses Prinzip zu durchlöchern. Sie stellten provokatorische Losungen auf, wie die, man müsse die Beschlüsse der oberen Leitung erst überprüfen, ob sie auch richtig seien. Sie wurden dazu durch Artikel des Parteifeindes Herrstadt ermuntert. Solchen Forderungen nachgeben, hätte bedeutet, die Partei aus einer schlagkräftigen Kampforganisation zu einem Debattierklub zu erniedrigen, das Vertrauen der Mitglieder zu den selbstgewählten Leitungen zu untergraben und die Demokratie zu einem Popanz zu machen. Die Partei hat in allen Fällen diese Feindprovokationen schnell und entschieden zer Schlagt.

Das vierte Prinzip ist das der Sicherung der Kollektivität in der Arbeit der leitenden Parteiorgane. Unsere Partei ist keine Behörde, in der es obere und untere Angestellte, Vorgesetzte und Untergebene gibt, sondern eine lebendige, von Eigeninitiative erfüllte revolutionäre Organisation. Der Zentralismus ist kein militärischer, auf der Macht eines einzelnen, auf Befehlen beruhender, sondern ein demokratischer Zentralismus, der sich auf die Aktivität der Parteimitglieder stützt und ihre Teilnahme an der Parteileitung voraussetzt... An der Spitze unserer Parteiorganisationen stehen deswegen nicht einzelne, sondern die gewählten Kollektivs der Leitungen. Im neuen Statut ist deshalb auch vorgesehen, daß anstelle der Sekretariate der Kreis- und Bezirksleitungen in Zukunft Büros stehen, die die laufende Arbeit der Kreis- oder Bezirksparteiorganisationen leiten und das politische und wirtschaftliche Leben des Kreises oder Bezirkes lenken. Die Schaffung von Büros wird auch dazu beitragen, die ressortmäßige Behandlung der Aufgaben durch die für ein bestimmtes Sachgebiet verantwortlichen Sekretäre der Kreis- und Bezirksleitungen zu überwinden. Um eine richtige Lösung einer Frage zu finden, einen richtigen Beschluß zu fassen, kann eine Entscheidung nur die Frucht gemeinsamen Denkens, der Niederschlag der Erfahrungen und des Wissens aller Leitungsmitglieder sein. Ein Abweichen vom Prinzip der Kollektivität, dem höchsten Prinzip der Arbeit der Parteileitungen, führt unweigerlich zu Entartungen des Zentralismus, zu bürokratischen Entstellungen, zur Übersteigerung der Rolle und Bedeutung einzelner Persönlichkeiten. Entscheidungen, die ohne gründliche Beratung im Kollektiv von einem einzelnen gefällt werden, eröffnen Fehlerquellen, können einseitig sein, führen zur Überheblichkeit und praktisch zur Unterdrückung der Kritik. Es dauert gewöhnlich nicht lange, daß Funktionäre, die sich nicht auf das Kollektiv stützen, anfangen zu kommandieren, daß sie Zwang anwenden und nur noch mit Verfügungen arbeiten.

Die Kollektivität der Leitungen setzt auch voraus, daß sich die gewählten Leitungen und die Büros in ihrer Tätigkeit auf das Parteiaktiv stützen, sich regelmäßig mit dem Parteiaktiv beraten, sich der Erfahrungen der Parteiaktivisten bedienen und hellhörig auf die Kritik des Parteiaktivs reagieren. Das bedeutet, den Beschluß des Politbüros vom 24. November 1953 über die Arbeit mit